

Sparkassenverband warnt vor Altersarmut

Bald wird es amtlich: Das Menetekel der Altersarmut scheint langsam auch im Berliner Politikbetrieb anzukommen.

Nicht anders sind die Äußerungen von Georg Fahrenschon, seines Zeichens Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, zu verstehen, der in Folge der von ihm diagnostizierten Gefahr von einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 70 Jahre spricht.

Freilich muss nun die Frage erlaubt sein, was eigentlich die Sparkassen und ihr Verband in den letzten Jahrzehnten geleistet haben, um ihre Kunden vor der nunmehr prognostizierten Altersarmut zu bewahren? Gewiss hätte es den Sparkassen und ihrem Verband gut zu Gesicht gestanden, bereits vor Jahrzehnten die Hinführung der Kunden in Richtung Beteiligung an der Wirtschaft in Form von dynamischen Sachwerten – sprich Aktien – auf den Weg zu bringen. Es sieht aber nicht so aus, als ob der öffentlich-rechtliche Finanzsektor auf diesem Gebiet viel zustande gebracht hätte. Und auch für die Zukunft ist Optimismus fehl am Platz. Wie nämlich der Sparkassenpräsident weiter ausführt, müsse entweder eine längere

Lebensarbeitszeit oder ein höherer Beitrag zur privaten Altersvorsorge geleistet werden. An dieser Äußerung ersieht man unschwer, wie wenig der Sparkassenverband das Geldanlageproblem der Deutschen durchdrungen hat. Im Kern fehlt es den Deutschen keineswegs an Sparkapital. Die hohe



Sparquote der Deutschen wird international gleichermaßen bewundert und ob ihrer geringen erwirtschafteten Renditen belächelt.

Auch arbeiten die Deutschen im Prinzip nicht zu wenig, selbst

wenn man die verlängerte Lebenserwartung einrechnet. Vielmehr verhalten sie und ihre Berater sich seit Jahrzehnten bei der Geldanlage derartig irrational, dass lediglich magere Anspargenergebnisse erzielt werden. Vom Zinsezinseffekt, der im Laufe der Jahre bei anständigen Renditen gute Vermögen erzeugen kann, wird hierzulande viel zu wenig Gebrauch gemacht.

Dass übrigens der Verband der Versicherer den Forderungen von Herrn Fahrenschon sogleich beigepflichtet ist, macht die Sache nicht besser. Denn die Versicherer haben es ihrerseits in den letzten Jahrzehnten verpasst, ihre Kunden mit attraktiven Renditen zu verwöhnen und sie am Zinsezinseffekt auskömmlich zu beteiligen. So nimmt es schließlich nicht Wunder, dass nunmehr nach dem Staat gerufen wird, der den öffentlich-rechtlichen Banken und den deutschen Versicherern in den vergangenen Jahrzehnten so oft mit der Gewährung von Privilegien geholfen hat. Man denke nur etwa an die staatlich ins Werk gesetzten Steuervorteile

der Kapitallebensversicherung oder die geringen Eigenkapitalkosten des öffentlich-rechtlichen Bankensektors angesichts der impliziten Staatshaftung.

Zugleich hat sich die Lenkungswirkung der gewährten steuerlichen und regulatorischen Privilegien als fatal für die Deutschen erwiesen. Die geringen Besitzquoten an den börsennotierten Unternehmen sprechen hier Bände. Noch eklatanter ist der Befund, dass scheinbar niemand in Berlin weiteren Anstoß daran nimmt, dass lediglich ein Drittel der Aktien der im DAX versammelten Unternehmen Deutschen gehören.

Benennen wir es einmal ganz deutlich: Hätten die Deutschen

sich in den vergangenen Jahrzehnten überwiegend an Unternehmen beteiligt und nicht en masse auf zinsgebundene nominale Anlageformen gesetzt, dann müsste man heute keine Zeitungsartikel über die kommende Altersarmut und eine weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit lesen.

Besteht aber für die Zukunft Hoffnung auf durchgreifende Veränderung auf diesem Gebiet: eher nicht; dazu fehlt es der Bevölkerung und den sie repräsentierenden Politikern an Bildung und Courage. Für den Einzelnen allerdings waren die Möglichkeiten noch nie so gut wie heute, sich sinnvoll über die Möglichkeiten aller verfügbaren Anlageformen zu informieren. Jene Bürger, die

sich selbst informieren und dann die richtigen Konsequenzen daraus ziehen, werden auch in Zukunft zur Minderheit derer gehören, die kein Altersarmutsproblem haben werden, weil sie an der Wertschöpfung der Wirtschaft durch Miteigentum beteiligt sind.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns